



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 25. September 2026 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinter uns liegt erneut ein Wahlsonntag, der uns als CDU sehr nachdenklich stimmen muss. Die Ergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind bitter und lassen sich nicht schönreden. Besonders schmerzlich ist das Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern: Mit 4,9 Prozent hat die CDU erstmals in ihrer Geschichte den Einzug in einen Landtag verpasst. In Berlin haben wir mit 18,8 Prozent ebenfalls deutlich verloren und sind hinter der Linken nur zweitstärkste Kraft geworden. Die bisherige schwarz-rote Regierungskoalition hat ihre Mehrheit verloren.

So unterschiedlich beide Länder und die jeweiligen Ausgangslagen sind, so deutlich ist für mich die gemeinsame Botschaft: Wir müssen diese Ergebnisse sehr ernst nehmen. Es gibt dafür keine einfache Erklärung und schon gar keine einzelne Stellschraube, an der wir nur drehen müssten. Viele Menschen sind mit der politischen Entwicklung unzufrieden und machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz, steigende Lebenshaltungskosten, bezahlbares Wohnen oder die Frage, ob unsere sozialen Sicherungssysteme auch in Zukunft noch verlässlich funktionieren.

Auch innerhalb der CDU werden die Ergebnisse deshalb als tiefer Einschnitt und als Auftrag verstanden, politische Antworten stärker an der Lebenswirklichkeit der Menschen auszurichten.

Die Konsequenz kann dennoch nicht sein, notwendige Entscheidungen aufzuschieben. Gerade jetzt müssen wir zeigen, dass Politik handlungsfähig ist und Probleme löst. Deutschland braucht mehr wirtschaftliches Wachstum, tragfähige soziale Sicherungssysteme und einen Staat, der seine Kernaufgaben zuverlässig erfüllt. Der Reformkurs bleibt deshalb notwendig – auch wenn Veränderungen nicht immer bequem sind.

In dieser Sitzungswoche beraten wir allein **27 Gesetzesvorhaben in erster Lesung** – von der Reform unserer Nachrichtendienste über die Frühstartrente bis zu Vorhaben in den Bereichen Energie und Digitalisierung. Über einige dieser Themen, meine Termine in Berlin und weitere Entwicklungen möchte ich Sie in diesem Newsletter informieren.

Ihr
Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Unser Land besser vor hybriden Bedrohungen schützen!
- Mehr Markt und weniger Bürokratie für unsere Energie
- 600.000 EUR für das TaunaBad Oberursel

Unser Land besser vor hybriden Bedrohungen schützen!

Cyberangriffe, Sabotage an kritischer Infrastruktur, Spionage, Desinformation oder Drohnenüberflüge über Flughäfen und militärische Einrichtungen zeigen, wie vielfältig die Bedrohungen für unsere Sicherheit inzwischen sind. Darauf müssen auch unsere Sicherheitsbehörden reagieren können. In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag deshalb in erster Lesung über eine umfassende Reform des Nachrichtendienstrechts beraten.

Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz sollen zeitgemäßere Befugnisse erhalten. Unter klar definierten Voraussetzungen sollen sie künftig unter anderem informationstechnische Systeme von Bedrohungsakteuren besser aufklären können. Der BND soll in eng begrenzten Gefährdungslagen zudem aktiver gegen entsprechende Infrastrukturen vorgehen dürfen. Vorgesehen sind außerdem neue Möglichkeiten bei Datenanalyse, Künstlicher Intelligenz und biometrischem Bildabgleich. Gleichzeitig wird auch die Kontrolle der Nachrichtendienste weiterentwickelt und stärker beim Unabhängigen Kontrollrat gebündelt.

Standpunkt: Die Bedrohungslage hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert – und darauf muss unser Rechtsstaat reagieren. Unsere Nachrichtendienste dürfen nicht mit Instrumenten von gestern gegen die Gefahren von heute arbeiten. Sie brauchen die notwendigen

rechtlichen und technischen Möglichkeiten, um Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und Schäden möglichst zu verhindern.

Dabei gilt für mich zugleich: Mehr Befugnisse müssen mit wirksamer Kontrolle einhergehen. Gerade bei weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten braucht es klare rechtliche Grenzen und eine starke unabhängige Aufsicht. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Ziel muss sein, unsere Dienste handlungsfähiger zu machen und gleichzeitig hohe rechtsstaatliche Standards zu gewährleisten. •

Rechtsstaat stärken – Opfer schützen, Kriminalität konsequent bekämpfen.

Neben der Reform unserer Nachrichtendienste standen in dieser Woche weitere wichtige Vorhaben für einen handlungsfähigen Rechtsstaat auf der Tagesordnung. Mit der Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor sogenannten K.-o.-Tropfen wollen wir eine bestehende Schutzlücke schließen. Wer einem Menschen gefährliche Substanzen verabreicht, um ihn für einen sexuellen Übergriff oder Raub wehrlos zu machen, soll künftig entsprechend der besonderen Schwere dieser Tat bestraft werden können. Dazu sollen neben Waffen und gefährlichen Werkzeugen ausdrücklich auch gefährliche „Mittel“ im Strafgesetzbuch erfasst werden. Bei besonders schweren sexuellen Übergriffen ist damit eine Mindestfreiheitsstrafe von fünf Jahren vorgesehen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Kampf gegen organisierte und schwere Kriminalität. Mit der Umsetzung einer neuen EU-Richtlinie verbessern wir die Möglichkeiten, kriminell erworbenes Vermögen auch über Grenzen hinweg schneller aufzuspüren, zu sichern und einzuziehen. Vermögensabschöpfungs- und Vermögensverwaltungsstellen werden dafür gestärkt und die europäische Zusammenarbeit verbessert. Denn klar ist: Straftaten dürfen sich finanziell nicht lohnen.

Schließlich modernisieren wir das Recht der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen grundlegend. Polizeiliche Rechtshilfe und die Übertragung von Strafverfahren werden klarer geregelt, Verfahrensrechte gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden erleichtert. Damit schaffen wir zeitgemäße Voraussetzungen für eine schnellere und wirksamere grenzüberschreitende Strafverfolgung.

Standpunkt: *Sicherheit zeigt sich für mich ganz konkret darin, ob der Staat die Menschen wirksam vor schweren Straftaten schützen und geltendes Recht konsequent durchsetzen kann. Wer andere gezielt wehrlos macht, muss mit einer angemessenen strafrechtlichen Antwort rechnen. Ebenso müssen wir dort ansetzen, wo es organisierte Kriminalität besonders trifft: bei ihren illegal erwirtschafteten Gewinnen.*

Gleichzeitig macht Kriminalität längst nicht mehr an Staatsgrenzen halt. Polizei und Justiz müssen deshalb ebenso grenzüberschreitend zusammenarbeiten können – schnell, rechtssicher und effizient.

Diese drei Vorhaben stärken damit unterschiedliche Seiten desselben Ziels: einen Rechtsstaat, der seine Bürger schützt und gegenüber Kriminellen konsequent handlungsfähig ist. •

Mehr Markt und weniger Bürokratie bei unserer Energie.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze muss künftig besser aufeinander abgestimmt werden. Genau hier setzt das in dieser Woche beratene Netzanschlusspaket an. Netzanschlussverfahren sollen transparenter, digitaler und schneller werden. Gleichzeitig soll stärker berücksichtigt werden, wo im Netz tatsächlich noch Kapazitäten vorhanden sind. Damit soll verhindert werden, dass neue Anlagen gezielt in bereits überlasteten Netzgebieten entstehen und zusätzliche Kosten durch Abregelungen verursachen. Die Bundesregierung beziffert die sogenannten Redispatch-Kosten inzwischen auf mehr als drei Milliarden Euro jährlich.

Parallel dazu wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickelt. Der Ausbau von Wind-, Solar-, Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie soll fortgesetzt, zugleich aber stärker an Markt und Gesamtsystem ausgerichtet werden. Dazu gehören unter anderem neue Fördermechanismen wie Contracts for Difference und eine schrittweise stärkere Marktintegration kleiner Photovoltaikanlagen. Auch die Biomasse

soll als wetterunabhängiger Energieträger eine verlässliche Perspektive erhalten.

Mit Änderungen beim Energieeffizienzrecht sollen außerdem Unternehmen von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Die Pflicht zur Einführung eines Energie- oder Umweltmanagementsystems soll künftig erst ab einem jährlichen Energieverbrauch von 23,6 Gigawattstunden greifen. Hinzu kommen vereinfachte Regelungen für Rechenzentren. Nach Angaben des Fraktionsbriefings sollen die Änderungen die Wirtschaft um mehr als drei Milliarden Euro entlasten.

Standpunkt: Der Ausbau erneuerbarer Energien bleibt wichtig – er muss aber stärker mit dem tatsächlichen Ausbau unserer Stromnetze Schritt halten. Es hilft niemandem, zusätzliche Anlagen zu errichten, wenn der produzierte Strom anschließend wegen fehlender Netzkapazitäten nicht transportiert werden kann und dadurch zusätzliche Kosten entstehen.

Deshalb halte ich es für richtig, Netzausbau, Erzeugung und Verbrauch künftig besser miteinander zu verzahnen und gleichzeitig mehr Marktmechanismen in die Förderung erneuerbarer Energien zu bringen. Ebenso wichtig ist es, Unternehmen dort von Vorgaben und Bürokratie zu entlasten, wo diese keinen entsprechenden Mehrwert bringen. Eine erfolgreiche Energiepolitik muss Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz miteinander verbinden – und dabei die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft im Blick behalten. •

Austausch mit der Leiterin der EU-Mission in Moldau.

In dieser hatte ich die Gelegenheit, Kirsten Joppe, Leiterin der EU Partnership Mission in the Republic of Moldova (EUPM Moldova), zu einem Gespräch im Deutschen Bundestag zu begrüßen. Im Mittelpunkt standen die aktuelle Sicherheitslage in Moldau und die wachsenden hybriden Bedrohungen, denen sich das Land ausgesetzt sieht.



Die EUPM unterstützt die moldauischen Behörden dabei, ihre Krisenfestigkeit zu erhöhen und sich besser gegen Cyberangriffe, Desinformation und andere Formen ausländischer Einflussnahme zu schützen. Die zivile EU-Mission wurde 2023 auf Bitte der moldauischen Regierung eingerichtet; ihr Mandat wurde inzwischen bis Mai 2027 verlängert. Europäische Auswärtige Dienst Besonders interessant war der Blick darauf, welche Erfahrungen aus Moldau auch für uns in Deutschland und Europa relevant sind.

Denn hybride Bedrohungen machen nicht an Grenzen halt. Widerstandsfähige staatliche Institutionen, eine leistungsfähige Cyberabwehr und eine klare strategische Kommunikation werden deshalb für unsere eigene Sicherheit immer wichtiger.

Ich danke Kirsten Joppe für den offenen und aufschlussreichen Austausch. Gerade angesichts des europäischen Weges Moldaus ist es wichtig, das Land bei der Stärkung seiner demokratischen und sicherheitspolitischen Resilienz weiterhin eng zu begleiten. •

Strategischer Partner am Kap: Austausch mit Südafrika.

Am Rande der Plenarwoche war ich zu einem Gespräch mit Andries Oosthuizen, Geschäftsträger der südafrikanischen Botschaft, in der Vertretung des Landes zu Gast. Anknüpfungspunkt war unter anderem der intensive politische Austausch der vergangenen Monate. Im April haben Deutschland und Südafrika ihre Beziehungen im Rahmen der Binationalen Kommission zu einer Strategischen Partnerschaft aufgewertet. Damit sollen unter anderem der hochrangige politische Dialog sowie die Zusammenarbeit bei Wirtschaft, Energie, Sicherheit und multilateralen Fragen weiter vertieft werden.

Südafrika ist für Deutschland ein zentraler Partner auf dem afrikanischen Kontinent.

Das bilaterale Handelsvolumen liegt bei mehr als 20 Milliarden Euro, über 600 deutsche Unternehmen sind im Land aktiv. Entsprechend nahm auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit in unserem Gespräch breiten Raum ein. Große Potenziale bestehen etwa bei Investitionen, erneuerbaren Energien, grünem Wasserstoff und der stärkeren Einbindung Südafrikas in internationale Wertschöpfungsketten.



Daneben sprachen wir über die internationale Lage und die außenpolitische Rolle Südafrikas – von Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent über den Krieg gegen die Ukraine bis zur Situation im Nahen Osten. Nicht in allen außenpolitischen Fragen vertreten Deutschland und Südafrika dieselben Positionen. Umso wichtiger ist der regelmäßige und offene Austausch darüber, wo gemeinsame Interessen liegen und wie wir auch bei unterschiedlichen Sichtweisen im Gespräch bleiben.

Gerade als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist mir wichtig, die neue Strategische Partnerschaft mit konkretem Leben zu füllen. Südafrika verfügt als wirtschaftliches und politisches Schwergewicht des Kontinents über eine besondere Bedeutung für die Beziehungen zwischen Deutschland, Europa und Afrika. Der Austausch mit Andries Oosthuizen war dafür eine gute Gelegenheit. •

Die gute Nachricht der Woche I **600.000 Euro für das TaunaBad Oberursel.**

Eine besonders gute Nachricht für Oberursel: 600.000 Euro Bundesförderung fließen in das TaunaBad. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat die Förderung in dieser Woche im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ beschlossen. Damit unterstützt der Bund die dringend notwendige Sanierung des Freibadbereichs und hilft dabei, das TaunaBad langfristig als wichtigen Ort für Sport, Freizeit und Begegnung zu erhalten.

Wie groß der Bedarf in den Kommunen ist, zeigt die enorme Nachfrage nach dem Programm: Rund 939 Interessenbekundungen mit einer beantragten Fördersumme von insgesamt etwa 3,2 Milliarden Euro gingen beim zuständigen Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ein. Der Programmaufruf war damit nahezu 13-fach überzeichnet. Für die zusätzliche

Fördertranche stehen bundesweit 250 Millionen Euro ausschließlich für Schwimmbäder zur Verfügung.

Dass Oberursel nun berücksichtigt wird, freut mich deshalb ganz besonders. Das Freibadbecken des TaunaBads stammt bereits aus dem Jahr 1936 und weist erheblichen Sanierungsbedarf auf. Oberursel Schwimmbäder sind weit mehr als reine Sportstätten: Hier lernen Kinder schwimmen, findet Schul- und Vereinssport statt und kommen Menschen aller Generationen zusammen. Genau deshalb ist es richtig, dass der Bund die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützt und dazu beiträgt, Schwimmen und Schwimmsport auch künftig wohnortnah möglich zu machen. •

Die gute Nachricht der Woche II **Konjunktur nimmt wieder Fahrt auf.**

Nach Jahren wirtschaftlicher Schwäche gibt es ein erfreuliches Signal für den Standort Deutschland: Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognose deutlich nach oben korrigiert. Für 2026 erwarten sie nun ein Plus des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 Prozent. Noch im Frühjahr waren sie lediglich von 0,6 Prozent ausgegangen. Die deutsche Wirtschaft hat sich damit im ersten Halbjahr wesentlich robuster entwickelt als zunächst erwartet.

Auch für das kommende Jahr zeigen sich die Institute zuversichtlicher. Für 2027 rechnen sie mit einem Wachstum von 1,1 Prozent, nachdem zuvor 0,9 Prozent prognostiziert worden waren. Rückenwind kommt unter anderem von einer Belebung der Exporte. Zugleich sollen der private Konsum und der Wohnungsbau wieder anziehen. Auch Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung tragen nach Einschätzung der Institute zur konjunkturellen Erholung bei.

Besonders erfreulich ist: Die deutsche Wirtschaftsleistung liegt inzwischen erstmals wieder über dem Niveau von 2022 vor der damaligen Gaspreiskrise. Von einem kräftigen Boom sind wir zwar noch entfernt, doch die Richtung stimmt. Nach einer langen Phase von Stagnation und Unsicherheit sind die deutlich angehobenen Prognosen ein wichtiges Zeichen dafür, dass die wirtschaftliche Erholung in Deutschland an Breite gewinnt. •